

Die antragstellende Person/Organisation ist in Bezug auf das geförderte Vorhaben

- nebenberuflich tätig.
- hauptberuflich tätig.

Die antragstellende Person/Organisation ist in Bezug auf das geförderte Vorhaben in folgenden gewerblichen/unternehmerischen Bereichen tätig:

- Land- und Forstwirtschaft
- Gewerbliche Wirtschaft
- Freiberuflich
- keine dieser Tätigkeiten

3 Angaben zum Neubauvorhaben

Straße, Hausnummer:	
PLZ, Ort:	
Voraussichtlicher Baubeginn:	Geplante Durchführungsdauer: _____ Monate
Anzahl der Wohneinheiten nach Fertigstellung:	_____
Summe der geplanten Investitionskosten (s. a. Bestätigung zum Kreditantrag)	_____

4 Kosten- und Finanzierungsplan

Grundstückskosten	EUR			Eigenkapital	EUR	
Baukosten	EUR			Eigenleistungen	EUR	
Eigenleistungen	EUR			vorhandenes Grundstück	EUR	
Baunebenkosten	EUR			Zuschüsse Städtebauförderung	EUR	
Finanzierungskosten	EUR			Sonstige Zuschüsse	EUR	
	EUR				EUR	
	EUR				EUR	
	EUR				EUR	
Gesamtkosten	EUR			gewünschtes Gesamtdarlehen	EUR	

5 Erklärung des Antragstellers

Der Antragsteller verpflichtet sich, der ILB Nachweise über seine Einkommensverhältnisse sowie über vorhandenes Eigenkapital vorzulegen und zu gestatten, die für erforderlich gehaltenen Auskünfte bei Kreditinstituten und Behörden, insbesondere bei den Finanzbehörden, über seine Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit einzuholen. Die Zustimmung zur Auskunftserteilung durch Behörden oder Dritte wird hiermit erteilt.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen sowie hierzu beigefügte Anlagen einschließlich der Beihilfeerklärung subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Des weiteren verpflichtet sich der Antragsteller, der ILB unverzüglich nach Abschluss des Fördervertrages für das o. g. Bauvorhaben die Anschrift des zuständigen Finanzamtes mit Steuernummer mitzuteilen.

Dem Antragsteller sind weiterhin das Brandenburgische Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl Bbg I, Nr. 24, Seite 306) sowie § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Dies gilt insbesondere auch für die Mittelabrufe und die zu führenden Verwendungsnachweise.

Dem Antragsteller sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere wird er jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der ILB mitteilen.

Eine Bearbeitung des Antrages ist nur möglich, wenn dieser vollständig ausgefüllt ist.

6 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter www.ilb.de/datenschutz zum Download zur Verfügung.

Direktlink Informationsblatt Datenschutz: <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

7 Sonstige Erklärungen

Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt.
- berechtigt und berücksichtigt diese bei der Kostenaufstellung (Preise ohne Umsatzsteuer).

Der Antragsteller erklärt, dass er innerhalb der letzten 5 Jahre

- nicht
- am _____

zur Abgabe der Vermögensauskunft gemäß §§ 802c ff. und 807 ZPO (bisher: Eidesstattliche Versicherung gemäß § 807 ZPO a. F.) geladen wurde.

- kein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen hat bzw. ein solches derzeit nicht anhängig ist.
- gegen ihn keine Zwangsvollstreckung betrieben wurde.
- gegen ihn eine Zwangsvollstreckung betrieben wurde, und zwar am _____.
Bitte gesondert erläutern.

Der Antragsteller versichert, dass die vorstehend gemachten Angaben und beigefügten Unterlagen richtig, vollständig und wahrheitsgemäß sind.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass weitere Unterlagen, insbesondere zum Vermögen und zu den Zahlungsverpflichtungen, nachgefordert werden können.

Ort, Datum

Unterschrift aller Antragsteller und Stempel bei Gesellschaften

Anlagen

Diesem Antrag sind beigefügt:

- Kostenübersicht nach DIN 276 (Aufschlüsselung der Kostengruppe 300 u. 400 mind. bis zur 3. Ebene)
- ausführliche verbale Maßnahmenbeschreibung
- Energieausweis
- Entwurfspläne (M 1:100): sämtliche Geschossebenen (möbliert), Schnitte, Ansichten, Außenanlagenplan
- Wohnflächenberechnung gem. Wohnflächenverordnung (WoFIV)
- bereits vorliegende baurechtliche Genehmigungen
- Objektbezogene Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde (*bei Gebäuden, die in Denkmalsbereichen bzw. im Umgebungsschutzbereich eines Denkmals liegen*)
- Katasterunterlagen: Auszug aus dem Liegenschaftsbuch und amtlich beglaubigte Flurkarte, in der die betreffenden Flurstücke gekennzeichnet sind
- vollständige Grundbuchblattabschrift
- Erklärung "Politisch exponierte Person" (PEP)

Die Nachforderung weiterer Unterlagen bleibt vorbehalten.